

Der lange Weg zur städtischen Fortbildungsschule

Der amtlich organisierte Unterricht gewerblicher Natur in der Stadt Luxemburg blickt nunmehr auf eine über 100jährige Geschichte zurück. Es scheint daher geboten, in einem Rückblick die verschiedenen Etappen aufzuzeigen, die zur Etablierung der städtischen Fortbildungsschule geführt haben, und schließlich sich ihren ersten Jahren zuzuwenden. Unsere Untersuchungen sollen bis zu dem Zeitpunkt verfolgt werden, da der Staat mit der Gesetzgebung über die Handwerkerschule eine neue Dimension ins Spiel bringt und die eigentliche Berufserziehung und -ausbildung der Führungskräfte des Handwerks in eigener Regie übernimmt.

Als Quellen wurde bewußt fast ausschließlich städtisches Aktenmaterial herangezogen, insbesondere die Gemeinderatsregister.¹ Der Artikel erhebt daher auch nicht den Anspruch, vollständig zu sein; vielmehr ist er als eine Art Leitfaden konzipiert, der eine Vervollständigung durch weitere Untersuchungen und Quellenstudium ermöglichen soll.

Zur Schule selbst, die im Jahre 1881 durch den Gemeinderat der Stadt Luxemburg ins Leben gerufen wurde, sei einleitend festgehalten, daß sie zu dem Zeitpunkt sicherlich einer Notwendigkeit entsprach, wie das von allen Seiten gesehen wurde. Gesetzliche Vorgaben, Initiativen und Interventionen außerhalb der Verwaltung und schließlich das Beispiel des Auslandes waren nicht unwesentlich für das Projekt verantwortlich. Auf städtischer Ebene steht sie jedenfalls am Ende einer Entwicklung, die sich durch das ganze neunzehnte Jahrhundert zieht, und dieser

VORGESCHICHTE

muß ein größeres erstes Kapitel gewidmet werden.

Die Gemeinderatsberichte der Stadt, ab 1815, vermitteln keineswegs das Bild einer heilen Welt, allzu gegenwärtig sind finanzielle und materielle

¹ Im einzelnen wurden folgende Archivquellen benutzt:

- Gemeinderatsprotokolle der Gemeinde Luxemburg, insbesondere für die Zeit vor 1862 (LU III 02 und LU IV/102)
- Gedruckte analytische Berichte im sogenannten „Bulletin Communal“, (BC)
- Gemeinderatsprotokolle der früheren Gemeinde Eich (EI IV 02)
- Produkten („Korrespondenz“-)serien der Stadt Luxemburg LU III 11; LU IV/111)

Sorgen. Richtig erkannten die Stadtväter auch die intimen Zusammenhänge zwischen den trostlosen wirtschaftlichen Verhältnissen, der dürftigen schulischen Bildung und der sozialen Lage breiter Schichten der Bevölkerung.

Die Präsenz einer ausländischen Garnison mit festgeschriebenen Privilegien war sicherlich nicht dazu angetan, Spannungen zu vermeiden: Der Stadt entgingen wertvolle Steuereinnahmen, andererseits mußte sie gerade im Interesse der Garnison für den Unterhalt der großen Durchfahrtsstraßen sorgen, welche wiederum durch das schwere militärische Gerät der Festungstruppen arg in Mitleidenschaft gezogen wurden. Schmuggel und Schwarzhandel sollen geblüht haben, sehr zum Nachteil der ortsansässigen Geschäftswelt, die sich über die unlautere Konkurrenz der Soldaten und Offiziere bitter beklagte. Verschlimmert wurde die Lage gar noch dadurch, daß mancher entlassene Soldat nicht in sein heimatliches Preußen zurückkehrte, sich wenigstens zeitweise in der Stadt Luxemburg niederließ, hier ohne Geldmittel eine vielköpfige Familie gründete, um sie daraufhin der öffentlichen Fürsorge zu überlassen. So jedenfalls sieht das Bild aus, das man aus den Gemeinderegistern der 1840er Jahre gewinnen kann.² Kein Wunder, daß kaum eine Sitzung die Fürsorgeinstitute wie Wohltätigkeitsbüro oder Hospizien übergehen konnte. Und mit diesen Institutionen wird in einem Atemzug auch die lokale Schulkommission unter dem Oberbegriff „milde Stiftungen“ (établissements charitables) genannt. Als diese erste Schulkommission im Jahre 1851 aufgelöst wurde, ging eine Reihe ihrer Zuständigkeiten an das Wohltätigkeitsbüro über. Dies gilt insbesondere auch für die beiden Stiftungen, die man als Wurzeln des berufsbildenden Schulwesens überhaupt bezeichnen darf.

So hatte es sich die *Stiftung Manternach* aus dem Jahre 1840 zum Ziel gesetzt „... d'achever l'éducation morale et religieuse de garçons pauvres et de leur fournir les moyens de bien apprendre un métier“. Ähnliches gilt für die ältere „*Arbeiterschule für arme Mädchen*“, eine Initiative aus dem Jahre 1835, die auf den Erlös aus Lotterien zurückgeht; dazu kam ein jährlicher Beitrag I.M. der Königin der Niederlande über 200 Gulden. Das Kapital beider Stiftungen wurde nun also ab 1851 vom Wohltätigkeitsbüro verwaltet, „sans avoir ni le contrôle, ni l'immixtion directe dans les dépenses à liquider par trimestre;...“³

Ansonsten mußte sich der Gemeinderat mehr denn einmal mit der Erziehung und beruflichen Ausbildung von Waisenkindern oder solchen, die von ihren Eltern im Stich gelassen waren, auseinandersetzen. Die Eintragungen unter der Rubrik „placement d'enfants abandonnés“ sind in den 30er und 40er Jahren durchaus keine Seltenheit. Man darf annehmen, daß solche Entscheidungen aufgrund des Reglementes über die Arbeiterschule für bedürftige Knaben getroffen wurden, dessen Artikel 23 und 24

² etwa LU III 02

³ BC 1913, annexe: Fondations à la disposition du Bureau de Bienfaisance

aus dem Jahre 1819 vorsahen: „. . . Si parmi les élèves, il se trouve des sujets qui se soient assez distingués dans le cours de leurs études, pour donner l'espoir fondé de les voir exercer honorablement une profession quelconque, il sera proposé en leur faveur, soit au Conseil de Régence, soit à la société d'encouragement, une récompense particulière. . . La récompense consistera suivant l'aptitude des sujets, dans le paiement des frais d'apprentissage d'un métier de leur choix, ou dans l'acquittement des dépenses nécessaires à un cours d'études d'un ordre supérieur à celui de l'école gratuite.“⁴

Studien am Athenäum waren demnach nicht ausgeschlossen, Hinweise auf konkrete Fälle sind jedoch in den Gemeinderatsregistern nicht auszumachen. Verdienstvolle Schüler wurden womöglich eher privat gefördert. Angesichts langjähriger Vorurteile, die etwa bei dem Vorhaben, die obere Klasse der Armenschule in den allgemeinen Unterricht zu integrieren, offen angeführt wurden, war dies nicht verwunderlich: „Sous le rapport moral, il n'est pas prouvé que les pauvres dussent imprimer nécessairement leurs mauvaises qualités à ceux des familles aisées; c'est une crainte que la charité doit exclure, lorsque l'expérience seule peut déterminer un résultat propre à diriger l'Opinion. . . la société doit toujours donner le bon exemple et. . . les riches et les hommes supérieurs en tout genre doivent servir de modèle aux classes inférieures, il est vrai aussi que le progrès normal de la société veut que les pauvres soient admis dans leur éducation, à formuler leurs penchants et leurs habitudes sur des penchants et des habitudes meilleures. . .“⁵

Abgesehen von der Erörterung sozialer Probleme allgemeiner oder spezifischer Natur, werden konkrete Maßnahmen zur beruflichen Ausbildung der manuell tätigen Jugend kaum angegangen. Nicht verwunderlich, wenn man die Karez der großherzoglichen Regierung kennt, wie sie A. CALMES beschrieben hat: „Si l'instruction est sortie du néant, le mérite en revient non à Guillaume, ni à son gouvernement, mais aux efforts et sacrifices des particuliers. Le Roi Grand-Duc avait même brimé l'enseignement donné gratuitement aux filles pauvres de Luxembourg par la Congrégation de Notre-Dame, dite des Dames de Sainte-Sophie.“⁶

Zu diesem Unterricht sagt uns CALMES noch folgendes: „En 1834, les 13 religieuses donnaient l'instruction à une trentaine de pensionnaires, jeunes filles de la bourgeoisie, dont elles vivaient et l'enseignement primaire à 400 filles de pauvres, parmi lesquelles des protestantes et des israélites. . .“ Si Guillaume changea finalement son attitude, ce fut „à l'intervention de l'épouse du bourgmestre Scheffer, Anne Seyler, auprès de Stiff“.⁷

⁴ LU III 11 R XI, CII n° 36

⁵ LU III 11 R XI CII n° 37

⁶ CALMES Albert: Naissance et débuts du Grand-Duché de Luxembourg, p. 431

⁷ ibidem, p. 432

Die Witwe Scheffer wiederum vermachte der Stadt durch Testament, neben einem Kapital von 1 693,12 Franken, das für die Errichtung eines Johanner-Blinde-Denkmal bestimmt war, die stattliche Summe von 60 000 Franken mit der Auflage, deren jährlichen Zinsertrag für die praktische Ausbildung zweier Hebammen an einer Schule im In- oder Auslande sicherzustellen. An zweiter Stelle sollte das überschüssige Geld die handwerkliche Ausbildung bedürftiger Knaben und die geschlechtsspezifische Erziehung junger Mädchen finanzieren helfen.⁸

An Ideen, wie die berufliche Bildung in Angriff genommen werden sollte, mangelte es sicherlich nicht. Wieder bemühen wir CALMES: „Le Grand-Duché n'avait aucune école professionnelle. . . Dans ce pays de minerai de fer, de hauts fourneaux et de forges qu'était le Grand-Duché, il aurait été utile d'y créer une école pratique de la sidérurgie . . . un établissement dont sortiraient les chefs d'exploitation qualifiés par l'étude et la pratique et non pas seulement par la routine. Plus tard, dans un ouvrage publié en 1828, alors que la métallurgie luxembourgeoise était en pleine décadence, un ingénieur belge . . . rompait une lance en faveur de la formation professionnelle des métallurgistes comme une mesure propre à sauver cette industrie . . . Cette proposition échouait devant l'hostilité des maîtres de forges. . .“⁹

An dieser Stelle muß nun endlich die *städtische Zeichenschule* erwähnt werden, deren Anfänge bis in die französische Zeit zurückreichen. Nach 1815 funktionierte sie als Kursus für Zeicheninteressierte, welchen 146 Zeichnungen und eine Sammlung von Büsten zur Nachahmung vorlagen. 1820 sollte eine Kommission ermitteln, „jusqu'à quel point l'établissement existant sous le nom d'école de dessin de la ville répond aux intentions bienfaisantes de l'arrêté royal du 13 avril 1817“¹⁰ „ . . . à ce qu'il soit organisé dans le chef lieu une école où les artisans puissent être introduits gratis dans les éléments de dessin et d'architecture.“¹¹

Beachtenswert an diesem Text ist einmal die Forderung nach Gratisunterricht, wodurch natürlich die Unterweisung eines größeren Kreises Interessierter sichergestellt werden sollte, dann aber auch der Umstand, daß gerade das Handwerk angesprochen wurde. Die berufsorientierte Ausrichtung der Schule war demnach nicht zu verkennen.

Einem Bericht des Jahres 1846 entnehmen wir in deutlichen Worten, daß die Schule, seit 1824 unter der Leitung von Professor Fresez, im Grunde drei Sektionen umfaßte: in einer Vorbereitungs- oder Einführungsklasse wurden die Schüler zunächst mit den Prinzipien von Linearzeichnen, Ornamenten

* LU IV/1 11 R III C V n° 31/3

° CALMES, p. 432

10 LU IV/1 11 R XI C V n° 37

11 Mémorial 1817

und geometrischem Zeichnen vertraut gemacht. Anschließend teilte sich der Unterricht, je nach Interessenlage und Berufsziel, in zwei Sektionen, und zwar eine für Bauzeichnen und eine für künstlerischen Malunterricht.

Fügen wir noch hinzu, daß in den späten dreißiger Jahren der Kursus teilweise auch in das Programm des Athenäums eingebaut wurde. Auffallenderweise scheint der Unterricht allerdings nicht gratis erteilt worden zu sein. An Interesse hat es nicht gemangelt, wenn wir einem Bericht aus dem Jahre 1846 Glauben schenken dürfen: zwischen 1824 und 1846, also während annähernd einem Vierteljahrhundert waren 3 595 Schüler unterwiesen worden; im ersten Semester 1846 lag die Zahl der Einschreibungen bei 150.¹² Und in einem Einschreiberegister das uns überliefert ist, finden sich recht klangvolle Namen.¹³ Man wird davon ausgehen müssen, daß hier weniger angehende Handwerker als Nachwuchskräfte für leitende Berufe des Hoch- und Tiefbaus ausgebildet wurden, und das Niveau dementsprechend hoch anzusetzen ist. Eine wirklich praktische Unterweisung in die Arbeitsvorgänge der verschiedenen Handwerksbranchen fand freilich nur im Meisterbetrieb statt. Allerdings wurden anderswo im Lande in den vierziger Jahren *Modelle eines wirklich gewerblichen Unterrichtes* ausprobiert. In Echternach etwa hatte 1840 der Industrielle J.-B. Lefort eine Lehrlingsschule eingerichtet: „300 filles de l'école des pauvres, de 12 à 15 ans y apprenaient la couture, la broderie et la piqûre de joints. Après un mois, elles recevaient un salaire de 1 à 3 francs par semaine et après deux ans d'apprentissage, une machine, dite mécanique, avec laquelle elles devenaient des ouvrières à domicile de l'établissement.“¹⁴

Nicht allzu verschieden klingt die Initiative der damaligen Gemeinde Eich aus dem Jahre 1861: „A l'ouverture de la séance, le Bourgmestre rapporte qu'une visite faite récemment dans l'école des filles d'Eich, a donné occasion de remarquer que beaucoup de filles n'apprennent pas à tricoter, parce que les parents ne se trouvent pas en situation pour leur procurer les matières premières savoir du fil et des aiguilles à tricoter. Ces travaux sont indispensables à une femme de ménage, il propose à l'examen de l'assemblée la question de savoir, s'il n'y a pas lieu de voter une somme de 50 francs sur la caisse communale pour acheter et pour mettre à la disposition des filles pauvres fréquentant l'école d'Eich des aiguilles et du fil à tricoter, sous la condition que le produit de leur main-d'oeuvre resterait acquis au bureau de bienfaisance qui en ferait l'objet d'une tombola au profit de cet établissement.“¹⁵ In der Stadt Luxemburg gab es im Jahre 1851, wieder von privater Seite, einen Vorstoß in Richtung einer Fachschule: „M[onsieu]r Schou Membre du Conseil communal expose que la C[ompan]ie de ganterie française de l'Union en cette ville s'est offerte de créer sous les

¹² LU IV/1 11 R XI CII n° 36

¹³ LU IV/1 11 41

¹⁴ CALMES Albert: La création d'un état, p. 273

¹⁵ EI IV/1 02.4, p. 35

auspices de l'Adm[inistrati]on c[ommuna]le un atelier modèle pour l'apprentissage d'ouvriers gantiers, accessible aux enfants à charge du bureau de bienfaisance et aux jeunes détenus du Dépôt de mendicité. M[onsieu]r Schou propose de s'occuper également de la création d'un atelier modèle de tissanderie. Ces propositions seront prises en considération et une Commission spéciale sera chargée d'en faire l'étude.“¹⁶

Eine weitere Eintragung konnte im Register nicht ausgemacht werden, auch die Existenz sonstigen Schriftgutes zum Thema kann nicht nachgewiesen werden, so daß wir über das weitere Schicksal zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts aussagen können.

1855 war die Frage der Erziehung der Jugendlichen aus Arbeiterkreisen ein weiteres Mal aktuell. Vielleicht hatte man insgeheim von der dem Athénäum angegliederten Industrieschule erwartet, sie würde Jugendliche aus diesen Bevölkerungsschichten anziehen und sie auf das berufliche Leben vorbereiten. So schlug am 15. September 1855 ein Ratsmitglied vor, „de rechercher les vices que présente l'Ecole Industrielle et qui en empêche la fréquentation par les élèves de la classe ouvrière. . .“¹⁷

In der Sache ging es allerdings bei dieser Debatte um den Vorschlag des Schöffenkollegiums, der bereits eine Woche zuvor vorgelegen hatte: „Les Bourgmestre [et] Echevins proposent au Conseil communal la création d'une *Ecole moyenne communale* et soumettent à son approbation un projet de délibération réglant l'organisation de cet établissement“.¹⁸

Doch zu einem Entschluß konnte sich der Rat nicht durchringen, es sei denn als solchen betrachte man die Aufforderung an den Schöffenrat, bei der Regierung vorzusprechen, damit das Programm der Industrieschule dem der Primärschule angeglichen werde. Das Programm der städtischen Mittelschule scheint also nichts wesentlich Neues gebracht zu haben, eine Ansicht welche anscheinend auch die Regierung teilte: „. . . à l'Ecole industrielle attachée à l'Athénée l'enseignement ne peut être donné de manière à suppléer à la création d'une Ecole primaire supérieure.“¹⁹ Mittlerweile sprach auch das Schöffenkollegium nur noch vom Projekt einer *Oberprimärschule*, doch der Gemeinderat widersetzte sich dem Reglementsentwurf in der vorliegenden Form.

Wieder gingen die Jahre ins Land, ohne daß von der Stadt ein konkreter Schritt unternommen wurde, und wieder war es die Privatinitiative, die zum Handeln herausforderte, aber der Rat nahm wieder eine zögernde Haltung ein, denn am 6. Oktober 1858 notiert Gemeindesekretär Michel Weyer ins Gemeinderegister: „La d[emois]elle Boettgenbach, ancienne institutrice, a érigé en cette ville une école d'instruction primaire supérieure pour les

¹⁶ LU IV/1 02.5, p. 316

¹⁷ LU IV/1 02.7, p. 99

¹⁸ ibidem, p. 91

¹⁹ ibidem, p. 103

élèves sortant du degré supérieur de nos écoles primaires. Cette institution est d'une utilité reconnue et mérite d'être encouragée. La rareté de locaux convenables pour un pareil établissement et l'élévation des loyers rendent cependant la position de M[ademois]elle Boettgenbach extrêmement difficile.

Déférant à la demande qu'elle a formulée, les Bourgmestre et Echevins proposent de mettre à la disposition une des salles vacantes du bâtiment de la Congrégation.

Le Conseil avant d'adopter les propositions du Collège et d'accorder à M[ademois]elle Boettgenbach le droit de tenir son école dans le bâtiment de la Congrégation décide que préalablement les inspecteurs d'école seront priés d'émettre leur avis sur la question de savoir si l'école de M[ademois]elle Boettgenbach est utile et nécessaire et si l'existence simultanée de cette institution dans le bâtiment occupé par les écoles primaires ne présenterait pas d'inconvénient.²⁰

Erstaunen tun uns die zunächst lobenden Worte und der Hinweis auf die Notwendigkeit der Schule und anschließend der Hinweis auf die Überprüfung der Nützlichkeit. Nun, die Entscheidung fiel in der folgenden Sitzung positiv aus, wenn auch sehr knapp, mit 5 Ja- zu 4 Neinstimmen.

1860 war es dann soweit, daß eine eigene städtische Oberprimärschule aus der Taufe gehoben wurde. Zum Programm erfahren wir unter anderem „ . . . que les notions de physique et de chimie seront provisoirement enseignées dans chaque classe par M[onsieu]r Godart, et que les leçons de dessin à donner par M[onsieur]r Liez comprendront aussi l'enseignement de notions de mécanique.“²¹

Ein Jahr später wurde Liez auch mit dem Physik- und Chemieunterricht betraut.²²

Die Oberprimärschule war sicher ein Fortschritt, da sich der eigentlich berufsorientierte Unterricht nicht mehr auf das alleinige Bauzeichnen beschränkte; inzwischen wurden auch die theoretischen wissenschaftlichen Grundlagen für technische Berufe vermittelt.

Es war etwas Bewegung in die starre schulische Landschaft geraten. Doch die nächsten Schritte gingen wieder von Privatpersonen aus. Die wichtigste solche Initiative war sonder Zweifel die Gründung des *Gesellenvereins* und die Inbetriebnahme seiner *Fortbildungsschule*, deren Gründung ohne Zweifel in eine Zeit des Aufbruchs fällt: Eisenbahnbau und Viaduktbau sind ebenso äußere Anzeichen wie die Tatsache, daß die ersten Militärbauten Anfang der 1860er Jahre verschwinden. Außerdem verrät der Briefverkehr allem Anschein nach einen versöhnlicheren und insgesamt zivileren Ton der Militärverwaltung. Demographisch gesehen fallen die jetzt häufiger anfal-

²⁰ LU IV/1 02.8, p. 71

²¹ LU IV/1 02.9, p. 43

²² LU IV/1 02.9, p. 150

lenden Gesuche Ortsfremder auf, die sich in Luxemburg niederlassen möchten. Und vergessen wir nicht das neugewonnene Selbstbewußtsein der Luxemburger Kirche. Gerade im Unterrichtswesen hatte sie sich eine Stellung erobert, die ihr Einblick und Einfluß auf diesem Gebiete sicherte, sehr zum Leidwesen ihrer Gegner. Ihr Internationalismus verschaffte ihr darüber hinaus Informationen über Entwicklungen im Auslande, und der Austausch mit Deutschland scheint rege genug gewesen zu sein. So brachte die am 2. Juli 1864 von Bernard Haal gegründete Schule des Gesellenvereins neue Ansätze, die von allen, auch den Gegnern, durchaus anerkannt wurden, wenn auch mit Einschränkungen, wie es der „Allgemeine Luxemburger Arbeiterverein“ im „Arbeiter“ tat: „Was das Gesellenhaus bis dato Gutes geleistet hat und ferner leisten wird, das wollen wir in keinem Falle verkennen, meinen jedoch zu bemerken, daß die Bildung, die man dort den Zöglingen angedeihen läßt, schon eher für die Zöglinge eines Convicts, einer Priesterschule, am Platze wäre.“²³

Da es nicht unsere Aufgabe sein kann, im Detail die Geschichte des Gesellenvereins nachzuzeichnen, wollen wir uns auf eine kurze Skizzierung desselben beschränken und berufen uns dabei auf eine Rede Haals aus dem Jahre 1878. Die Vereinigung war auf die materielle Unterstützung von Handwerksmeistern angewiesen, die ihr als Ehrenmitglieder angehörten. Eigentliche Mitglieder hingegen waren Lehrlinge im Alter von 13 bis 18 Jahren; ab 18 Jahren wurden sie zu den Gesellen gezählt. Auswärtige wurden als zugereiste Gesellen für die Dauer ihres Aufenthaltes in Luxemburg aufgenommen. Vornehmlich an die Lehrlinge richtete sich ein 24stündiger, wöchentlicher Lehrplan, der sich auf 5 Abende verteilte. Hinzu kamen als zusätzliches Angebot „allabendlicher Turnunterricht, der Unterricht von Gesang, der Zeichenunterricht an den Sonntagnachmittagen“. Schon dies allein hätte wohl die Attraktivität sichergestellt. Aber der Gesellenverein bot mehr: „Obwohl für die meisten Handwerker Zeichnen, Rechnen und einfache Buchhaltung die unmittelbarsten notwendigen Fächer sind, so war unsere Schule nicht weniger bestrebt, möglichst Alles zu unterhalten und weiter zu bilden“, und so wurde auch unterrichtet in Deutsch, Französisch, Lesen und Schreiben . . . „Nachschreiben von Gehörtem, kleine Aufsätze, namentlich Handwerker-Geschäftsbriefe“ boten den Schülern Gelegenheit „ihre Curantschrift zu vervollkommen, wenigstens zu unterhalten“. Und über das Praktische hinaus galt es, den Schülern „Herzensbildung“ mit auf den Weg zu geben.²⁴

Bernard Haals Werk war sicher wegweisend, er hatte aber zumindest einen Vorgänger im Klerus der früheren Gemeinde Eich. Im November 1855 erfahren wir im Gemeinderatsregister, daß sich der Generaldirektor der Justiz informierte „ob dem Herrn Klein, Pfarrer in Weymerskirch, die

²³ „DER ARBEITER“ 34/1880: Unsere Arbeiter-Fortbildungsschule (21.8.1880)

²⁴ „LUXEMBURGER WORT“ 198/1878: Rede des Gesellenpräses Herrn Dr. Haal bei der Preisverteilung an die Lehrlinge und Gesellen (28.8.1878)

Schulsäle zu erwähntem Weymerskirch zum Zwecke der Abhaltung einer Sonntagsschule eingeräumt werden dürfen“.²⁵

Dazu hatte sich die Gemeinde Eich schon im Prinzip bereit gefunden, als ihr von Pfarrer Klein mitgeteilt wurde, „daß nunmehr die Marianische-Sodalität für Jünglinge und Männer der Gemeinde zu Weymerskirch kirchlich errichtet ist, daß sämtliche Mitglieder dieser Sodalität eine Sonntagsschule [besuchen], von ihm als Direktor und von dem Herrn Kaplan gehalten, daß diese Sonntagsschule nebenbei besuchen kann jeder Knabe und Jüngling der Gemeinde, ohne Mitglied dieser Bruderschaft zu sein, wenn er vom Direktor (Pastor) zugelassen wird und das Schulalter überschritten hat“.²⁶

Für eine mittellose Gemeinde wie Eich, wo ein Drittel der Bevölkerung als besonders unterstützungsbedürftig angesehen wurde und deren finanziellen Nöte kurrent waren, wo die Mittel zum Schulbau und -unterhalt nie ausreichten, kam eine solche Initiative natürlich äußerst gelegen, und so kam man ohne große Schwierigkeiten mit der Sodalität über die Bedingungen überein:

„Art 1. daß selber (d. h. der Pfarrer) für den Schaden der . . . geschehen sollte verantwortlich ist und

Art 2. daß er verpflichtet ist nach jedermaligen Versammlung und nach der Sonntagsschule das Lokal gehörig reinigen zu lassen.

Der Zweck der Sonntagsschule, die einem Handwerker anständige Kenntnisse zu erteilen.

Die Lehrgegenstände sind demnach folgende:

1° Religionsunterricht, 2° Gesankunterricht; und 3° Buchhaltung insoweit für einen Arbeiter und Handwerker nothwendig ist.“²⁷

Kehren wir nach Luxemburg selbst zurück, um kurz von der Existenz einer *Handarbeitsabendschule* zu berichten, über die uns die städtischen Akten allerdings nur einen beschränkten Einblick gewähren. Am 22. September 1880 richtete Agnès Thibeau sich an den Schöffenrat mit dem Wunsch „ . . . [d']ouvrir une école du soir pour apprendre aux petites filles les ouvrages de l'aiguille“. Fräulein Thibeaus Bitte um Erlaubnis wurde umso bereitwilliger stattgegeben, als das Reinemachen keine Probleme darstellte: ihre Eltern bewohnten das Gebäude. Im übrigen sollte der Unterricht während nur einer Stunde in einem Saale des Primärschulgebäudes stattfinden.²⁸

²⁵ EI IV 02.2, p. 235

Es ist nicht bekannt, wie lange dieses Experiment unter dem Namen der Sodalität bestand. Jedenfalls geht im Register von 1873 ein weiteres Mal die Rede von einem Gesuch des Pfarrers, diesmal Alex Jos. Wahl, der eine Sonntagsschule abhalten will, diesmal mit Vorträgen. Die Sodalität scheint aber in Vergessenheit geraten zu sein

EI IV 02.6, p. 178

²⁶ ibidem

²⁷ ibidem, p. 275

²⁸ LU 11 IV/1 R XI C II n° 36

Sicher handelt es sich hier nur um einen geschlechtsspezifischen praktischen Unterricht ohne begleitende theoretische Unterweisung, und der kann demnach nicht als beruflicher Unterricht *stricto sensu* angesehen werden. Der Vollständigkeit halber mußte allerdings darauf hingewiesen werden.

Vielleicht wäre es ohne die Gesuche des „*Allgemeinen Luxemburger Arbeitervereins*“ nie oder nicht zu diesem Zeitpunkt zur Errichtung einer städtischen *Fortbildungsschule* gekommen. Beim Studium der Akten fällt auf, daß der Vorschlag, die berufliche Fortbildung der lokalen öffentlichen Hand zu überlassen, mit der Existenz zweier privater Schulen dieser Natur begründet wird. Zwar berichtete „*Der Arbeiter*“, daß Bürgermeister Servais bei Inbetriebnahme der Schule des „*Arbeitervereins*“ die Eröffnungsrede hielt; leider ist deren Inhalt uns nicht bekannt. Eine regelrechte Zusammenarbeit hat es allem Anschein auch nicht gegeben, vielmehr lag es auf der Hand, daß die Stadt den Wünschen des „*Arbeitervereins*“ nicht nachkam, und dafür mag es mehrere Erklärungen geben.

An sich bot die neue Schule gegenüber der bestehenden des „*Gesellenvereins*“ fächermäßig absolut nichts Neues. Als nun der „*Allgemeine Luxemburger Arbeiterverein*“ an den Schöffenrat herantrat mit der Bitte um Überlassen eines geeigneten Lokals, machte die Schulkommission infrastrukturelle Schwierigkeiten geltend: Unterrichtszeiten und Reinigungsprobleme wurden als schwerwiegendste Hindernisse vorgeschoben. Auffallend ist die Schlußbemerkung, daß Sonntagsunterricht nicht möglich sei, da bereits ein solcher im Kongregationsgebäude funktioniere. Wohl um Zeit zu gewinnen, erbat das Schöffenkollegium mit Schreiben vom 26. Oktober „*Mittheilung . . . über die Tageszeiten des in der Anstalt zu ertheilenden Unterrichts über die Anzahl der aufzunehmenden Schüler sowie über die Persönlichkeit der anzustellenden Lehrer*“.

Genau dieser letzte Punkt dürfte eine Schlüsselrolle gespielt haben. Die Antwort des Vereins traf auf der Stelle ein, und wir lesen den Randvermerk neben dem Namen des „*Herr(n) Mayer, Lehrer zu Pulfermühl.*“: *Refusé.*

Die letzte Aufforderung der Verwaltung vom 28. Oktober, doch den genauen Unterrichtsplan vorzulegen und dies unter Hinweis auf die „*Anforderungen . . . welche das Gesetz vom 23. April 1878 hinsichtlich der Gründung von Oberprimärschulen aufstellt*“, scheint ohne Antwort geblieben zu sein.²⁹

DIE STÄDTISCHE ABENDSCHULE

Dafür wird einen Monat nach Eröffnung der Schule des Arbeitervereins im Gemeinderat eine Motion vorgelegt, in der die Schaffung einer kommunalen Arbeiterschule gefordert wird. Die Notwendigkeit derselben wurde einerseits unterstrichen, und weiter hieß es: „*. . . La commune ne peut permettre que cette partie de l'instruction publique passe dans les mains*

²⁹ *ibidem*

privées; elle a l'impérieux devoir de prendre elle-même sous sa tutelle une école de l'espèce et d'en assurer la bonne direction.“³⁰

Vergessen war allerdings in der Zwischenzeit, daß bereits bei der Unterbreitung der Schulorganisation des Jahres 1847/48 die Regierung der Stadt nahegelegt hatte, einen Lehrer mit dem Abhalten einer Abendschule zu betrauen. Ernstlich über diesen Vorschlag nachgedacht zu haben, scheint die Gemeinde nicht, allerdings darf die Verwaltung die Ereignisse des Jahres 1848 als Entschuldigung für dieses Versäumnis angeben.³¹

Aufschlußreich scheint dagegen im Jahre 1880 die recht scharfe Ablehnung privater Schulen, erhärtet dies doch die Annahme, daß gegen die rezenteste Initiative Bedenken bestanden, die so nicht offen ausgesprochen wurden. Sie erklärt auch die Eile, mit der nun das eigene Projekt vorangetrieben wurde: Schon in der Woche nach Fastnacht sollte der Gemeinderat sich mit der Schaffung einer städtischen Berufsschule befassen.

Mag sein, daß die ideologische Ausrichtung der Schule Argwohn hervorrief. Immerhin hatte der „Arbeiterverein“ offen bekannt, daß es ihm nicht nur auf das Vermitteln von Wissen ankam. Bereits das in Aussicht genommene Personal versprach „den goldenen Mittelweg zwischen den Doktrinen der Kirche und den stets präponderierenden Gesetzen des Staates zu finden . . . die Schüler reiferen Alters [waren] auf Grund natürlichen wissenschaftlichen Unterrichtes und populärer wissenschaftlicher Vorträge dermaßen auszubilden, daß sie sich im Alter von 20 Jahren eine zwanglose religiöse Überzeugung bilden können. . .“³²

Lag da nicht die Gefahr auf der Hand, daß bei konkurrierenden Schulen verschiedener weltanschaulicher Richtungen, politische Auseinandersetzungen im Klassensaal ausgetragen würden? War also die potentielle Manipulation der Schüler nicht eine wirkliche Gefahr, der man tunlichst vorzubeugen hatte? Sollte es also unter solchen Vorzeichen nicht eher Aufgabe der Gemeinde sein, eine neutrale Schule zu schaffen? Immerhin war eine Radikalisierung beim „Arbeiterverein“ seit 1879 feststellbar, was auch den Herren von Gemeinderat und Schulkommission sicherlich nicht entgangen war: „Il est vrai qu'il existe déjà à Luxembourg des écoles d'adultes, fondées par l'initiative privée, mais ces écoles, surtout celles qui se donnent le dimanche, n'ont été ouvertes que dans un but de moralisation et ne sauraient rendre les services d'une école d'adultes organisée et dirigée par l'Administration Communale“, so formulierte es vorsichtig die Schulkommission.³³

Aufschlußreich auch die Resultate, die sich die Verantwortlichen versprechen: Immerhin standen der Stadt wirksamere Mittel zu Gebote, um den

³⁰ ibidem

³¹ LU IV/1 11 R XI C III n° 41/2

³² LU IV/1 11 R XI C II n° 36

³³ ibidem

Schulbesuch zu fördern: strenge Überwachung, Auszeichnung verdienstvoller Schüler, alles sollte dazu beitragen, undisziplinierte Elemente zu entfernen und den Willigen den Sinn für Ordnung und Sparsamkeit beizubringen. Die Zusammenarbeit mit Wohltätigkeitsbüro und Betriebsinhabern sollte es ermöglichen, gezielter die praktischen Bedürfnisse zu erkennen und den Unterricht praxisnah auszurichten.

In groben Zügen deckt sich diese Zielsetzung selbstverständlich mit der der privaten Initiatoren.

Vorteilhaft sollte sich für die öffentliche Schule die Qualität des Personals auswirken, sollten doch sowohl Professoren des Athenäums als auch die besten Lehrer der Stadt für diese Aufgabe herangezogen werden.

In seinem Gutachten zum Projekt teilte der Schulinspektor nicht unbedingt diese Ablehnung der privaten Schule, bevorzugte allerdings die öffentliche. Er konnte nicht einsehen, warum Privatleute die Kosten für die Erziehung der städtischen Jugend aufbringen sollten. Größer war allerdings seine Furcht, die Stadt könnte durch Initiativen anderer Städte des Landes ins Hintertreffen geraten, was ihm als beschämend erschien.³⁴

Inspektor Müller verwies auf Beispiele und Vorbilder des Auslandes, vornehmlich in den deutschen Staaten: Dort bestand nicht nur Berufsschulpflicht, während zwei oder drei Jahren, und dies zusätzlich zu einer sowieso ausgedehnten Primärschulpflicht.

Als praktische Schule sollte sie gerade jenen Teil der städtischen Jugend ansprechen, deren Herkunft ihnen nicht unbedingt die besten Starthilfen mit auf den Lebensweg gegeben hatte. Dies sollte ihre zweite Chance zu einem erfolgreichen Berufsleben sein.

Das zu erreichende Lehrziel schien angesichts dieser Ausgangspositionen recht ehrgeizig: Da waren zuerst die Versäumnisse des Elternhauses auszumerzen; die Primärschule schließlich hatte manche Lücken hinterlassen, die es zu schließen galt, besonders in Rechnen und Sprachen. Und daher beurteilte Herr Müller auch die Aussichten für einen erfolgreichen Französischunterricht mit einer gehörigen Portion Skepsis: so wie er verwies alle darauf, wie schwierig es sei, bei derart auseinanderklaffenden Ausgangskenntnissen einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Daher schien eine Vorbereitungs- oder Auffangklasse für all diejenigen geboten, welche das fehlende Wissen der Primärschule nachzuholen hätten; eine Mittelstufe sollte, darauf aufbauend, das im 6. Schuljahr angeeignete Wissen vertiefen und ausbauen. Die dritte Klasse allein sollte den „élèves studieux“ vorbehalten bleiben.

Als Lehrfächer waren laut Schulkommission vorzusehen:

1. Deutsche Sprache
2. Französische Sprache

³⁴ ibidem

3. Buchführung
4. Mathematik
5. Zeichnen
6. Naturwissenschaftliche Grundlagen
7. Geschichte
8. Geographie
9. Schönschreiben
10. Kenntnisse in Verfassungsrecht, Volkswirtschaftslehre, Hygiene.

Dieses Programm war dem Inspektor zu anspruchsvoll. Während alle Instanzen den Französischunterricht zu keinem Zeitpunkt in Frage stellten, hegte der erfahrene Schulmann nicht von der Hand zu weisende Bedenken, an erster Stelle: „. . . c'est le programme d'une école primaire supérieure de trois ans.“ Außerdem würde der Schüler auf Dauer bei einem solch überladenen Programm nur entmutigt; man mußte den jungen Leuten auch Zeit für die eigene Gestaltung und Betätigung lassen. Das wöchentliche Pensum mußte unbedingt zusammengestrichen werden.

Müller regte daher an, wenigstens teilweise auf den Unterricht in französischer Sprache zu verzichten: „. . . Les jeunes gens qui n'ont pas l'intention de quitter le pays y perdraient un temps précieux qu'ils peuvent utiliser pour se perfectionner dans la langue allemande, les mathématiques et les sciences naturelles. D'un autre côté, l'étude de la langue française est de la plus grande utilité pour les jeunes gens qui vont en France pour se perfectionner dans leur métier, ou pour y chercher du travail.“³⁵

Buchhaltung sollte nach den Vorstellungen des Inspektors im Programm des Deutschunterrichtes im 3. Jahr erteilt werden. Den bildenden Wert von Geschichte, Geographie und Schönschreiben sah er durchaus ein, „. . . mais le temps manque. . .“. Wollte man jedoch nicht gänzlich darauf verzichten, so war es jedenfalls nur die Zivilisationsgeschichte, die Geschichte der Erfindungen, die ein gewisses Interesse versprach. Auch sie konnte im Rahmen des Sprachunterrichtes vermittelt werden.

In einem Punkt waren sich alle einig: Die Fortbildungsschule sollte nicht allein trockenes Bücherwissen vermitteln, sondern auch den Sinn für entscheidende soziale Werte wie Disziplin, Ordnung und Sparsamkeit wecken und schärfen.

Wollte man die Schüler gewinnen, so mußte der Unterricht unbedingt gratis erteilt werden, an dieser Forderung stieß sich niemand; auch der Stadtrat hatte dagegen nichts einzuwenden. Wünschenswert erschien auch die Besuchspflicht.

Die Reglementsanschläge waren streckenweise rein administrativen Problemen gewidmet, wie Einschreibepflicht, -termine oder prozedurale Fra-

³⁵ ibidem

gen. Auch budgetarische Aspekte kamen zur Sprache; eine finanzielle Beteiligung des Staates wurde nicht nur gewünscht, sondern fest eingeplant. Und um den Eifer der Jugendlichen zu fördern, war eine Preisverteilung am Ende des Jahres unverzichtbar. Ohne die Entschädigungen für das Lehrpersonal einzubeziehen, wurde für die kommenden Jahre eine Ausgabe von 1 900 Franken veranschlagt. Das erste Jahr sollte allerdings kräftiger zu Buche schlagen, und so lauteten die Schätzungen der Kommission auf 3 500 Franken.³⁶

An sich entsprach die Aussicht auf Beteiligung des Staates nicht bloßem Wunschdenken. Die Abgeordnetenkammer hatte tatsächlich einen Kredit von 5 000 Franken vorgesehen zur Ermutigung der Gemeinden, die den Weg der Schaffung von Fortbildungsschulen beschreiten wollten.³⁷ Leider fiel der staatliche Subsidiensegen jedoch nicht so hoch aus, wie es sich die Verantwortlichen gedacht hatten.³⁸

Tatsächlich hatte die neue Primärschulgesetzgebung vom 20. April 1881 die Möglichkeit für die Gemeinden geschaffen, die „Errichtung von Kinderbewahrschulen sowie die Ertheilung des Unterrichts an Schulen für Erwachsene, Abendschulen und sonstige Schulen für Kinder beiderlei Geschlechts außerhalb des schulpflichtigen Alters zu organisieren.“³⁹

Die Idee lag demnach in der Luft. Nur der Staatsrat war der Meinung gewesen diese Bestimmungen aus dem Gesetzesvorschlag herauszunehmen, da sie zu vage formuliert seien. Es schien ihm opportun, zu gegebener Zeit ein getrenntes Projekt über Fachschulen vorzulegen. Doch dies waren auch die einzigen Stellungnahmen zum Thema Berufsausbildung.⁴⁰

So ist denn auch die Frage nach dem eigentlichen Initiator in diesem Lichte müßig, sie wird dennoch im Gemeinderate aufgeworfen: während Herr Joris dem Staate das Verdienst zuschreibt, läßt dies Herr Wittenauer nicht gelten und bringt die Interventionen des „Arbeitervereins“ ins Spiel.⁴¹

Es muß nun die Frage nach den erzielten Resultaten aufgeworfen werden. Dies ist umso schwieriger, als die offiziellen Berichte nur in den seltensten Fällen kritisch sind. Vielmehr werden Unzulänglichkeiten gern verschleiert und es wird mit Optimismus in das kommende Jahr gesehen, von dem sich bessere Resultate versprochen werden. Hören wir uns daher einmal an, was der Schulinspektor im Jahre 1882 zum Thema zu berichten hatte:

³⁶ *ibidem*

³⁷ BC 1881, p. 73

³⁸ Wie sich herausstellen sollte, lagen die Ausgaben jedoch weit höher als im Budget mit 1 080 Franken veranschlagt. Im Laufe der Diskussionen wurde der Posten erhöht.

BC 1881, p. 21

Im Jahre 1883 lagen die budgetären Einschätzungen bei 5 000 Franken.

BC 1883, p. 29

³⁹ *Mémorial* 1881

⁴⁰ Doc. Parlem. 1880-1881

⁴¹ BC 1881, p. 65

„Obwohl diese Schulen noch bis jetzt keine vollständige Organisation besitzen und erst zu kurze Zeit bestehen, als daß man sich ein definitives Urteil erlauben dürfte, so kann ich doch nicht umhin, an dieser Stelle den an denselben wirkenden Lehrern meine volle Anerkennung auszusprechen für die große Hingabe, mit der sie ihres Amtes walten. Ich erblicke in dem Takt und der Hingabe dieser Herren die sicherste Garantie, daß das Unternehmen gelingen wird. Die bis jetzt erzielten Resultate sind sehr befriedigend. Sobald die jungen Leute einmal die Wohlthat des Unterrichtes anerkennen, wird der Zudrang zu den Abendschulen mit jedem Jahr zunehmen.

Wie ich mich zu verschiedenen Malen an Ort und Stelle überzeugen konnte, ist die jetzige Beleuchtung äußerst mangelhaft. . .

Die Einführung einer Sparkasse . . . wären meines Erachtens sehr geeignete Mittel zur Erzielung eines regelmäßigen Schulbesuches. . .“⁴²

Den statistischen Angaben, so unvollständig sie auch, besonders nach 1895, sind, können wir zumindest folgendes entnehmen:

- Bis zum Jahre 1886/87 steigt die Zahl der eingeschriebenen Schüler im Durchschnitt an, danach wird sie rückläufig.
- Das Verhältnis Sommer/Winter liegt im Durchschnitt bei 7 zu 10. Auf die einzelnen Unterrichtsklassen verteilt, sieht das Resultat etwa so aus: 79% der eingeschriebenen Schüler der Vorbereitungsklassen besuchten die Schule auch im Sommer; für die Mittelklasse liegt der Durchschnitt bei 68% und für die Oberklasse bei nur 60%.

In der Begründung zum Reglementsentwurf steht zu lesen, daß im Jahre 1879/1880 82 Schüler aus den Primärschulen entlassen wurden, wovon 22 sich in Athenäum und Industrieschule einschreiben ließen, „tandis que 53 sont abandonnés à eux-mêmes et exposés à oublier tout ce qu'ils ont appris“.⁴³ Doch der erwartete Run schien zunächst auszubleiben: Am 18. August 1881, einen Monat nach Auflegen der Einschreiberegister, lagen erst 17 Einschreibungen für sämtliche Kurse vor. Über die Art und Weise, wie die neue Schule Schülern und Eltern schmackhaft zu machen sei, stritt man sich lange, doch sahen es auch einige gelassener und realistischer: „. . . il faudra“, so Herr Joris, „que l'école se recommande elle-même par les résultats qu'elle produira“.⁴⁴ Schließlich erreichte man doch die stattliche Zahl von 158 Schülern, davon 128 in der Vorbereitungsklasse und 30 in der Mittelklasse.⁴⁵ Doch das Durchhaltevermögen der Schüler, vielleicht auch die Attraktivität des Unterrichts, dürften in diesem Experimentierstadium nicht allzu groß gewesen sein, denn: „Quand l'école a été ouverte, la plupart des élèves qui se sont fait inscrire n'ont pu entrer qu'au degré inférieur, parce qu'ils avaient à refaire leurs études depuis le commencement. Ils

⁴² BC 1882, p. 228

⁴³ LU IV/1 11 R XI C II n° 36

⁴⁴ BC 1881

⁴⁵ BC 1882, p. 229

avaient tout oublié. Il y en avait qui ne possédaient même plus les premières notions de la lecture. Avec de tels éléments on ne pouvait pas encore organiser les études professionnelles. Le personnel préposé à l'école est excellent. . . Ils parviennent à préparer cette année les élèves du degré inférieur suffisamment pour que l'année prochaine, au second degré, le programme pourra être organisé au point de vue de l'enseignement professionnel. . .⁴⁶

Im Jahre 1895 erreichte die Schule zahlenmäßig ihren Höhepunkt, danach fällt wohl das Interesse wieder ab. Reformen wurden immer wieder ins Auge gefaßt, sie blieben aber meist kosmetischer Natur, wie etwa diejenige aus dem Jahre 1890, als man auf den Zusatz „Gratischule“ verzichtete, in der Annahme, diese Bezeichnung könne dem Ansehen der Schule nur schaden.⁴⁷

Eine Berechnung der Erfolgsquoten ist nicht leicht: Die Daten sind zu wenig genau; sowieso gab es ja keine Abschlußprüfungen. Trotz seiner Unzulänglichkeiten wollen wir dennoch den Versuch wagen, das bestehende Zahlenmaterial, mit großen Vorbehalten allerdings, zu interpretieren. Es kann dies immer nur eine annähernde Berechnung bleiben, denn die Aufnahme in eine höhere Klasse war nicht unbedingt vom Bestehen der unteren Stufe abhängig. Das vorliegende Zahlenmaterial zeigt zum Beispiel für die Jahre 1884/85 und 1885/86 ein Kuriosum, indem die Zahl der eingeschriebenen Schüler der Oberklasse höher lag, als im vorausgegangenen Jahr Schüler die Mittelstufe besucht hatten. Eine plausible Erklärung könnte gegebenenfalls das Überwechseln früherer Athenäumschüler in einen Handwerksberuf abgeben. Ob ihres höheren theoretischen Ausbildungsstandes mögen solche Schüler direkt der Oberklasse zugeteilt worden sein.

All dies vorausgeschickt, lagen die besten Resultate in der Vorbereitungs-klasse in folgenden Jahren vor:

- Vorbereitungs-klasse: Sommersemester 1882/1883 (40%)
Wintersemester 1891/1892 (49,23%)
- Mittelstufe: Sommersemester 1885/1886 (76,95%)

Die schlechtesten Resultate zu verzeichnen hatten:

- in der Vorbereitungs-klasse das Sommersemester 1889/1890 (19,48%)
das Wintersemester 1893/1894 (12,77%)
- auf der Mittelstufe das Sommersemester 1882/1883 (38,88%)
und schließlich das Wintersemester 1887/1888 (52,08%).

Geht man von einem abgeschlossenen Studienzyklus von drei Jahren aus, und legt man jeweils für die nächsthöhere Stufe die Zahlen des Vorjahres in der unteren Stufe zugrunde, so hätten die Jahrgänge 1882/83 und 1883/1884 die besten Resultate vorzuzeigen: 38,88% derjenigen, welche im WS

⁴⁶ BC 1882, p. 18

⁴⁷ LU 11 IV/1 R XI C II n° 36

1882/83 und gar 43,1% derjenigen, welche im SS 1884/85 ihr Studium begonnen hatten, schafften demnach den Sprung in die oberste Klasse.

Wie dies nur natürlich ist, sind die ersten Jahrgänge auch die schlechtesten. Nur 14,84% der Anfänger im Wintersemester 1881/82 erreichten die Oberstufe. Im Durchschnitt liegen die Werte wie folgt:

	Vorbereitungsstufe	Mittelstufe	Oberstufe
WS	100	29,31	26,45
SS	100	29,76	21,18

Man muß sich unter diesen Umständen fragen, ob das von den Begründern anvisierte Ziel tatsächlich erreicht wurde. Und so wundert es uns nicht, wenn am 28. Dezember 1890 Bezirksinspektor Duhr an den Schöffenrat der Stadt den nachstehenden Bericht sandte: „Nach meiner Ansicht bedarf die städtische Abendschule einer gründlichen Reform, damit sie das erreichen kann, was die Bevölkerung, besonders die Handwerker und Kleinhändler von ihr zu verlangen berechtigt sind. . . In dem Gesagten soll nicht im geringsten ein Tadel an der bestehenden Abendschule enthalten sein. Das Lehrerkorps arbeitet mit . . . Hingabe, aber mit der jetzigen Organisation ist es beim besten Willen nicht möglich, den gemachten Anforderungen der Gegenwart zu genügen.“⁴⁸

An drei Tagen setzten sich nun die Lehrer mit Duhrs Vorstellungen auseinander, kamen aber zu dem Schluß, daß, wie bereits 1881, die Heterogenität der Schüler in puncto Herkunft, Vorbildung und Alter sich auf die Unterrichtsgestaltung hemmend auswirkten. Hinzu käme die häufige Abwesenheit der Schüler, weil „dieselben während der Unterrichtsstunden nacharbeiten mußten“.⁴⁹

Notgedrungen blieb der Schulbesuch oft nur sporadisch und unregelmäßig, aber nicht nur aus beruflichen Zwängen, sondern auch als „Folge der Gleichgültigkeit der Eltern oder des Leichtsinns und der Vergnügungssucht der Schüler“.⁵⁰ Das Ziel „à inculquer à tous des habitudes d'ordre et d'économie“ scheint, gemessen an den realen Zuständen, doch etwas hoch gesteckt gewesen zu sein.⁵¹

ZUM SCHLUSS

Wir haben es bereits anderswo unterstrichen: Das statistisch belegbare sinkende Interesse an der städtischen Fortbildungsschule geht einher mit den Bemühungen um die Schaffung einer staatlichen Handwerkerschule. Tatsächlich aber war diese Schule nicht als Konkurrenz zu den vielerorts

⁴⁸ ibidem

⁴⁹ ibidem

⁵⁰ ibidem

⁵¹ ibidem

bestehenden Abendschulen konzipiert. Ihnen sollte weiterhin die Aufgabe übertragen bleiben, sich den Berufstätigen zu widmen. Die Handwerkerschule sollte weder eine weiterführende Schule sein, noch sollte sie in Konkurrenz zur beruflichen Ausbildung in der Werkstatt treten. „La seule chose que nous puissions faire, c'est de créer une école servant de transition entre l'école primaire et l'apprentissage à l'atelier. Ce que nous voulons, c'est compléter cet enseignement primaire pour que la culture générale soit élevée, pour que le niveau intellectuel et moral de ces apprentis soit plus haut; nous voulons donner aux enfants les éléments de la science, les éléments du dessin et diverses autres connaissances qui leur serviront à suivre avec beaucoup plus de fruit l'apprentissage dans un atelier. . .“⁵²

Im Grunde war damit eine Reform des Oberprimärunterrichtes bezweckt, wenn auch auf Umwegen. Und genauso mußte die Schaffung einer Handwerkerschule auch ihre Auswirkungen auf die Fortbildungsschulen haben, indem ihnen die besten Elemente entzogen wurden. Es wäre sicherlich interessant, diese Auswirkungen aufzeigen zu können. Leider aber wird das Quellenmaterial nun äußerst spärlich; zum Aufsuchen desselben wird eine Menge Zeit und Geduld nötig sein.

Will man eine abschließende Beurteilung der städtischen Abendschule riskieren, wird man nicht an der Feststellung vorbeikommen, daß an sie hohe Erwartungen gestellt wurden, die allenfalls nur teilweise erfüllt wurden und bei einer realistischen Einschätzung erfüllt werden konnten.

⁵² Doc. Parlem. 1894-1895 resp. 1895-1896